

Geheime Gruppen

Das internationale Netzwerk der Polizei

In Deutschland sorgen verdeckt agierende internationale Polizei-Netzwerke für Kritik. Die Antwort auf eine Anfrage im Bundestag zeigt, dass auch die Schweiz den Gruppen angehört.

Von Andreas Schmid

In einer Kleinen Anfrage hat sich der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko bei der deutschen Regierung nach «international im Verborgenen agierenden Netzwerken von Polizeien» erkundigt. Der Aachener Politiker aus der Fraktion «Die Linke» argwöhnt, dass sich Arbeitsgruppen abseits der parlamentarischen Aufsicht und ohne Wissen der Öffentlichkeit mit dem Einsatz von verdeckten Ermittlern, Trojanern sowie Überwachungstechnologien auseinandersetzen. Damit befassten sich die geheimen Netzwerke mit weitreichenden Eingriffen in die Grundrechte.

Die jetzt vorliegende Antwort des Bundesministeriums des Innern lässt «aus Geheimhaltungsgründen» viele Fragen des Politikers unbeantwortet. Dennoch sind die Ausführungen gerade aus Schweizer Sicht von Interesse, geht doch daraus hervor, dass das Bundesamt für Polizei (Fedpol) in diversen internationalen Gruppen dabei ist. Beispielsweise in der «European Cooperation Group on Undercover Activities» (ECG), der neben der Schweiz viele EU-Mitgliedstaaten und zahlreiche andere Länder angehören. Auch in der «International Working Group on Police Undercover Activities» (IWG) ist die Schweiz vertreten, wie diverse staatliche Gremien aus Europa und Übersee.

Austausch von Erfahrungen

Die Fedpol-Sprecherin Danièle Bersier bestätigt, dass die Schweiz bereits seit 1990 in der IWG mitwirkt und seit 2003 in der ECG vertreten ist. Bersier betont, dass die beiden Gruppen «keine eigenständigen Ermittlungshandlungen vornehmen». Die Netzwerke beschränkten sich auf den Erfahrungsaustausch im Bereich der Bekämpfung der organisierten Schwerstkriminalität. Im Zentrum stehe, wie Menschenhandel oder Verbrechen an Kindern mit verdeckten Ermittlern und internationaler Zusammenarbeit aufgeklärt werden könnten.

International aktiv ist die Schweiz weiter in der «Cross Border Surveillance Working Group» (CSW) – seit 2005 –, deren Kern zwölf EU-Mitgliedstaaten bilden. Die Gruppe tauscht Informationen in den Bereichen grenzüberschreitende Überwachung und Observationstechnik aus, so wie diese explizit in den Polizei-Kooperationsverträgen und im Schengener Abkommen vorgesehen seien, betont Bersier. Auf diesem Arbeitsgebiet nimmt das Bundesamt für Polizei regelmässig an Konferenzen zur «Quellen-Telekommunikations-Überwachung» im Ausland teil. Diese Technik stelle eine Möglichkeit dar, Kommunikation vor der Verschlüsselung abzugreifen, erklärt Bersier. Wie die deutschen Dokumente zeigen, war auch die Kantonspolizei Bern an solchen Treffen präsent.

Eine nächste Expertengruppe, in der die Schweiz in der Anfrage im deutschen Bundestag auftaucht, ist das Work-File «Dolphin» von Europol. An dieser Plattform zur Bekämpfung des nichtislamistischen Terrorismus beteilige sich die Schweiz ebenso wie am Work-File «Hydra», das

Europol gegen den islamistischen Terrorismus führt, sagt Bersier. «Basierend auf dem Abkommen zwischen der Schweiz und Europol, nimmt die Bundeskriminalpolizei an den Sitzungen dieser Gruppen teil.»

Bereits Ende 2011 bekannt wurde die Zugehörigkeit der Schweiz zur «Remote Forensic Software User Group», die seit 2008 besteht und auf den Einsatz staatlicher Trojaner ausgerichtet ist.
Novartis an Europol-Tagung

Im Juli 2011 waren die Schweizer Strafverfolgungsbehörden an eine Konferenz gegen Tierrechts-Extremismus von Europol nach Den Haag gereist. Neben anderen betroffenen Unternehmen war laut dem deutschen Innenministerium zudem auch Novartis vertreten. Danièle Bersier sagt dazu, der Anlass habe «über Ereignisse und Erkenntnisse in Bezug auf das Phänomen des Tierrechts-Extremismus und dessen Entwicklung informiert».

Im nachrichtendienstlichen Sektor pflegen die Schweizer Gremien einen ähnlichen Austausch wie im polizeilichen. Im «Club de Berne» etwa sind Nachrichtendienste aus über 20 Ländern dabei. Auch dies wird in der Antwort auf Andrej Hunkos Anfrage thematisiert. Für den Linken-Politiker sind solche internationalen Gruppen problematisch: «Die heimlichen Polizei-Netzwerke sind fragwürdige Vereinigungen, die sich fernab jeder parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle etabliert haben.» Dass auch die Schweiz seit Jahren mitmacht, lässt Hunko aufhorchen.

Anders sieht das die Zürcher SP-Nationalrätin Chantal Galladé als Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK): «Wenn Staaten die längst international organisierte Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen wollen, kommen sie nicht um eine polizeiliche Zusammenarbeit herum.» Die SiK wisse, dass es Auslandkontakte gebe; aber nicht welche und mit wem. «Diese Liste ist geheim und wird jährlich vom Bundesrat verabschiedet.»